

Aus Stadt und Land

Dresden, 13. Januar

Der billige Einkauf

Es gibt Leute, die glauben, an vorteilhaftesten unter der Hand zu kaufen.

Schauen Sie den Anzug an — den hat ich unter der Hand gekauft — für einen Spottpreis. Man schaut den Anzug an, der so gekauft worden ist. Für den Spottpreis. Und wirklich, der Anzug ist gut, sogar sehr gut. Man beneidet den glücklichen Käufer, wenn man den billigen Preis hört. Da denn der Mann, der ihn veräußerte, die Kleidungsstücke wirklich um dieses Geld hergeben können? Er hat sich ja selber geschädigt dabei.

Ja, die Not verleiht und zwingt heutzutage viele Leute zu solchen Verkäufen.

Da klopfte es. Ein erster Mann tritt ein. Er weiß eine Karte vor. Er tut sehr gemein.

Was wünschen Sie denn? Wir kaufen keine Bücher auf Abzahlung, und wir lassen uns auch nicht verschämen.

Ich will Ihnen keine Bücher auf Abzahlung verkaufen und ich will Sie auch nicht verschämen. Ich bin Kriminalbeamter.

Man erwidert, tritt einen Schritt zurück. Was soll denn ein Kriminalbeamter bei mir? Ich habe nichts gefohlen.

„Aun“, sagt er, „vielleicht nicht gefohlen, aber möglicherweise etwas Gefohlendes gekauft.“

„Nein! Solche Gefühle mache ich nicht. Was denken Sie denn von mir? Ich bin ein ausländischer Mensch.“

„Ich habe keinen Grund“ — meint er höflich, aber bestimmt — „das zu bezeugen. Aber haben Sie nicht in der letzten Woche von einem jungen Mann, der einen schwarzen Schurkentrack getragen und etwas undeutlich gefohlen hat, einen braunen Anzug mit grünen Streifen gekauft — für so und so viel?“

„Aber das — aber...“

„Der Mann sollte den Anzug gefohlen.“

Man wird blaß. „Das habe ich nicht gemacht.“

„Ich habe keinen Grund, anzunehmen, daß Sie das gemacht haben. Aber Hehlererei ist es auch schon.“

„Hehlererei? Erlauben Sie mal wie können Sie mich so beleidigen? Wie können Sie sich herausnehmen, in meine Wohnung in Bezug auf mich ein so leichtes Wort zu gebrauchen?“

„Hehlerer ist auch schon, wenn man etwas erwirbt, von dem man den Umständen nach annehmen muß, daß es der Verkäufer durch eine unredliche Handlung sich verschafft hat.“

„Bei dem braunen Anzug mit den grünen Streifen waren gar keine Umstände dabei“, erwidert man sich. „Tatsächlich keine Umstände. Ich kaufe nichts unter Umständen, die dabei sind.“

„It der junge Mann nicht abends in der Dämmerung gekommen — im Innern zwischen Dunkel und Licht?“

„Bedauerlich hat es...“

„War er nicht schon und hatte eine?“

„Ja, in die Seiten er zu sein, und etwas verlegen fand die Leute oft, die unter der Hand verkaufen.“

„Haben Sie ihn um seinen Namen gefragt?“

„Nein. Das braucht man doch nicht.“

„Dah er gefagt, woher er den Anzug hat?“

„Er hat gefagt, er muß seinen besseren Anzug verkaufen — aus Not.“

„War denn der Preis nicht ganz außerordentlich billig?“

„Wenn der Anzug nicht billiger gewesen wäre, hätte ich ihn überhaupt nicht gekauft.“

„Aber solche Anzüge kosten doch sonst mindestens das Vierfache.“

„Was geht denn das alles mich an? Ich brauche doch nicht eine Untersuchung anzustellen, ehe ich etwas kaufe, was mir ins Haus gebracht wird.“

„Sie brauchen keine Untersuchung anzustellen. Aber ein klein wenig die Augen aufmachen müssen Sie auch, wie jedermann heute in dieser Zeit, in der so viel gefohlen und so viel Gefohlendes verhandelt wird. Der junge Mann hat gefohlen, daß er diesen Anzug und noch mehrere andre in einem Kleidergeschäft aus der Kaufhalle, in die er eingebrochen ist, gefohlen hat. Er hat auch gefohlen, woher er die Anzüge verkauft hat. Er war jedenfalls ein gewissermaßen Dieb. Er hat sich genau festzusetzen über seine Verfaßtheit gemacht. Er gewöhnt sich jetzt für ein paar Viertelmark, die er bekommen hat, eine schwere Zuschlagshandzucht.“

„Aber daran bin doch ich nicht schuld.“

„Der Diebstahl ist im mehrere hundert Mark geschätzt. Und der Dieb hat nicht sehr viel davon gehabt. Die Hauptportelle haben Sie und die anderen — sagen wir, unvorsichtigen und leichtfertigen Menschen, die das gefohlene Gut um einen unzumutbaren Preis erworben haben. Der Dieb ist so schlimm wie der Diebster.“

Man reißt Mund und Augen auf. Man hat die Sache noch nie unter einem solchen Gesichtspunkt betrachtet. Der „billige“ Einkauf kann in eine so sehr teure zu werden kommen. Man kommt monomöglich wegen Hehlererei in Untersuchung und kann von Glück sagen, wenn einem die Ehrlichkeit ge-

in einem Bäume wahrnehmen, oder in den Flangreichen Gedichten, die von der „Rage des Wortes“, wie es der Dichter nannte, erfüllt sind und sich fast nach mystischen Wesen beziehen. Schließlich aber der „Muthos eines primitiven Heiden“, die Kosele „Der Winkelt“. Diese rührende Geschichte eines rielenden Menschen, Rheinischer von Natur, dessen Körper von den Reiten wie ein Bräutigam geformt ist und der nur als Soldat an die Front kommt und dort nichts will als dienen. Dienen, nicht dem Kaiser, nicht dem Vaterland, sondern der Arbeit, dem primitiven Bestrebungsdrang seiner rohen Kräfte. Tellen Spielerei für Menschenleben darin besteht, den Mund voll Petroleum zu nehmen und dieses über einem offenen Feuer auszusprechen. Das nennt er dann den „Reinerberg“ machen. Nur einem Menschen ist er ergeben, seinem Reinen, schwächlichen Väterlein. Aber der wird ihm auf einem vorgeschobenen Pöhlen erschaffen. Aber auch das ist ein inneres Gleichgewicht nicht. Nur als er sein Eisen, das man ihm auf seinen gefährlichen Pöhlen zu dringen verpflegt, nicht vorfindet, da seine Kameraden durch ein andres Regiment abgelöst wurden, mochte er nicht weis, dreht er den Deutschen den Rücken und tappt feindwärts ins Dunkel. — Die kleine, aber anhängliche Gemeinde spendete dem Dichter warmen Beifall.

— Die „Reinheitslegende“. Man erzählt und folgende wahre Begebenheit: Vor einigen Tagen kam eine junge Dame in einen Dresdner Buchladen und verlangte nach der „Reinheitslegende“ von Rudolf W. Bindig, deren Titel ihr aber entfallen war. So viel sie sich erinnere, heiße das Buch „Reinheit in Beden“.

— Hoffram Prosemeier, ein noch unbekannter junger Dichter, hat in Ponto und der Verden lebende Anwälte gefunden, die für den fassen und bescheidenen Menschen vor der Öffentlichkeit eintraten. Sie lasen im Kunstsalon Richter seine Gedichte und bewunderten das Bild einer traumend, lebend und bewundernd in die Welt stehenden Jugend. Sein Zweifel, daß hier dichterische Kraft wirkt. Sein Zweifel aber auch, daß sie noch nicht mächtig genug ist, ein Wort bis zum letzten Worte zu schreiben und so endgültiger Form zu fassen. Es schienen diese Gedanken und Bilder auf: In dem Gesicht von der Madonna, von der nächsten Kabinfahrt, von dem Baum, in dem Gott ruht, von der blauen Nacht des Mondes, in die der silberne Regen gleitet.

Andrer Leute Kinder

In der städtischen Adoptionszentrale

Krähenbe, ungebildige, fränkliche Kinderstimmen. Klüßlich trottende oder unbeholfen schlarfende Schritte. Es ist die viel. Andrang in der Gerichtsstube der Adoptionszentrale.

Das kleine Zimmer der Adoptionszentrale nebenan geht, zu ebener Erde, nach dem Hof hinaus. Immer herrscht hier das bewegte, erregte Leben des großen Amtsbüroaus. Manchmal flattern ein paar Straßentauben über die Stiege.

In diesem Zimmer hängen die Wände voll fränklicher Stammsprüche. Kinderbilder sind da; Photographien lachender, prachsvoll gefunder, kleiner Menschen. Und die Bücher solcher Aufnahmen liegen auf dem Tisch, zwischen den sachlichen Protokollen, bereit: die Adoptionsbücher.

Dann erzählt die Vorsteherin dieser wichtigen Abteilung des Jugendamtes von ihrer Arbeit; sie hat sich die in sechs Jahren ausgebaut, geht darin auf. Ist glücklich über die vielen, vielen Erfolge, die diese Arbeit lohnen.

„Vorder ist unsere Adoptionsstelle noch viel zu wenig bekannt... Die viele Eltern sehen sich ein Leben lang umsonst! Und wie viele Kinder könnten glücklich werden, gute Kinder, die bis jetzt noch nichts von Vaterliebe wußten! Die Zahl der Elternpaare, die Kinder als eigen annehmen wollen, ist ungleich in den verschiedenen Jahren. Im Inflationsjahre 1923 wurden sehr viele Kleine — hundert im ganzen — erbeten. Man hatte Mittel damals, glaubte sie wenigstens zu haben, und hatte daraufhin Mut, neue Erziehungsinstitute in die Familie aufzunehmen. Im vorigen Jahre, als man wieder rechnen lernte, kam es bloß bis zu sechs Meldungen.“

„Kriegsweissen? Nein, die kommen verhältnismäßig selten in Frage. Denn diese armen Kleinen sind nicht auf das Mittel angewiesen, sondern können, da sie eine kleine oder größere Rente bekommen, in der eigenen Familie aufgezogen werden. Auch andere Weisen sind seltener. Fast alles sind uneheliche Kleine, unreine Mängel, die Mängel der Stadt, die sie bevorzugen. Hier, nebenan, im Jugendamt, sind sie alle mit Namen aufgeschrieben, und ich weiß Bescheid über die einzelnen, die mir von meinen Kollegen und Kolleginnen genannt werden: ob es ein Kind ist, das in gute Verhältnisse paßt, oder eins, das sich bei schlichten Leuten wohlfühlt.“

„Etwas fünfzehnter solcher Vater- und oft auch Mutterloser wurden in diesen Jahren seit Gründung der Vermittlungsstelle bei neuen Eltern untergebracht. Mit großer Behutsamkeit und Voracht wird dabei verfahren. Die Eltern, die sich melden, müssen einwilligen, daß über sie noch an andere Stelle Erklärungen eingeholt werden. Mit der Uebernahme des Kindes verliert dessen Vergangenheit; nie darf seine Mutter erfahren, wohin es gekommen ist. Die Mütter der Eltern können sich fast alle; die meisten wollen das zwei- bis dreijährige Mädchen, das aus dem Waisenhaus heraus ist und, eben weil es ein Waisen ist, einige Jahre bei dieser Mütter, aufziehen lassen. Hat man sich nun auf dies oder jenes Kleine geeinigt, so übernimmt wieder die Vertreter der Zentrale die Vermittlung; sie

glaubt wird und man nicht eine Strafe davonträgt und das Erworbene ebenfalls wieder herausgeben muß.

In unserer moralisch verkommenen Zeit wird so vieles angeboten, was durch Diebstahl, Unterschlagung, Betrug oder sonst irgendeine unredliche Art erworben ist. Wenn nicht scharfste und gewissenhafte solche Ware gekauft würde, dann könnte das Geschäft der Diebe und Gauner nicht so blühen, wie es sieht, wie es die täglichen Polizeiberichte erweisen. Man muß sich die Menschen, von denen man etwas „unter der Hand“ kauft, sehr genau ansehen, wenn man nicht mit dem Betrüger in Konflikt kommen und die Lumperei fördern will.

Wilhelm Herbert (München)

Bezirksleitertag

Die Bezirksversammlung der Christlichen Elternvereine Dresdens Sonntag nachmittag im Vereinshaus eröffnete ein von Kantor Amber-Domath vorgetragenes Orgelpredigt. Nach Begrüßung und Dankesworten des Bezirksvorsitzenden, Kaufmann H. Berger, boten Bräulein Dörfer und Herr John Duetz von Nieselsdorf.

Dann sprach der Vorsitzende des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsen, Landesratsrat Dr. Dering, Mitglied der Synode, über „Eltern, Staats- und Lehrer“ in der christlichen Bekenntnisschule.“ Er bezieht dabei die Denkschrift des Volkshilfungsministeriums als eine Tat des sächsischen Ministeriums. Man erkenne daraus den ersten Willen des Ministeriums, zu bessern. Dann kam er zu einer Definition des Befehrs der Schule. Die evangelischen Eltern handeln auf dem Boden der Staatschule. Für die christliche Bekenntnisschule erheben wir ein Hand-in-Handgehen von Staat, Lehrer und Elternschaft. Das Aufstrebende über diese Schule könne nicht in den Händen von politischen Beamten liegen, wie es die Bezirkschulräte und die Kreischulräte seien. Die Parteischule sei zu verurteilen, überhaupt Politik in der Schule.

— Todesfall. Im Alter von 70 Jahren ist in Dresden-Weltlich Direktor Hermann von Rönisch, der Entwerfer der Pianofortefabrik Carl Rönisch und Direktor der Ludwig Wuppelst.-G., gestorben. An der Entwidlung der weltbekanntesten Firma, die vor dem Kriege auch in Rußland eine Filiale betrieb, hatte der nun Verlebte wesentlichen Anteil. Nachdem vor einigen Jahren die Firmen Rönisch und Wuppelst eine Fusion eingegangen waren, blieb Hermann Rönisch bis in seine letzten Lebensstage erster Vize des alten Dresdner Unternehmens.

— Kraftfahrzeuge als Soma und Feiertagen. Für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sind im Regierungsbezirk Chemnitz die Dorfstraßen in

neuen ist, Ende der Woche in Wien erwartet. Er soll hier seine Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium nochmals aufnehmen, um die Frage seiner Tätigkeit an der Wiener Opera d'Art zu regeln.

— Rheinwald und Weinlage. Unbekanntes von Jacques Offenbach veröffentlicht Hans Rinkel in der „Opernzeitung“ (Propagandaverlag, Berlin). Aus der ersten Pariser Zeit des Komponisten erfahren wir, daß er als Cellist der Komischen Oper seine knappen Einnahmen durch eigene Konzerte zu verbessern suchte. Es war der später ebenfalls berühmt gewordene César Franck, der zusammen mit Offenbach kleine Kammermusikabende veranstaltete, deren gütiger Leiter in drei Teile ging. Eine Pariser illustrierte Zeitschrift zeigt uns im Bilde, wie Franck am Klavier und Offenbach am Cello sitzen, und sagt hinzu, daß man im Publikum ihr Spiel „Das Duo der beiden Wagners“ nannte, weil sie alle beide recht dünn und ganz schlaffen. Diese Veranstaltungen fanden in dem ehemaligen Collège Rollin statt, und das Publikum bestand aus Schülern und deren Eltern. Der Dritte im Bunde war ein Student der Philosophie, der zugleich an der Kasse saß und das Triangel bediente. Auch er sollte großen Ruhm erwerben, machte er doch später als Archäologe bedeutende Entdeckungen auf der Akropolis von Athen und wurde Minister des Innern. Sein Name war Heulé. — Auch ein letztes Wort wird hier wiedergegeben, das in den sechziger Jahren in Wien kursierte, wo Offenbach heute ganz verfloren Oper „Atheniens“ aufzuführen werden sollte. Wanners „Atheniens“ war damals noch sehr unbrüderlich, und die Wagners stellten die höchste Frage, was für ein Unterschied zwischen den beiden Opern sei, und beantworteten sie scharf: „Atheniens ist rein Gold — Rheinwald ist rein Nix.“

— Das Dresdner Straßennetz. Am Mittwoch 13. Uhr im Palais waren keine lebenden Menschen mehr. Karren liefen über die Straße. Die Straßennetze des Reichs sind als Soli-Quintus Jung von der Staatsbahn.

— Ueberführer Berlin. Mittwoch nachmittag 14. Uhr im kleinen Saale der Kaufmannshaus: Dr. Felix Zimmermann; Richard v. Weizsäcker, der Schöpfer des Völkervertrags (18. Januar 1918).

— Nationalsozialismus. Der wegen Verurteilung des Reichers sternerst abgelehnte Vortrag des Reichers Prof. Dr. O. G. O. über die Politik der Nationalsozialisten wird am Sonntag den 19. Januar nachmittag 11. Uhr im Saale des Völkervertrags stattfinden. Die dabei gehaltenen Reden werden die Nationalsozialisten weiter führen können, und in der Hinsicht des Völkervertrags sich zu den einzelnen Rednern.

— Der Landesverband Sachsen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Behörden, der religiösen, sozialen und Wohlfahrtsorganisationen, der Vertreter der Ortsgruppen seine Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Amerika, von der Internationalen Liga gegen die Gefahr der Geschlechtskrankheiten in die nach langen Verhandlungen Frankreichs nach aus Deutschland aufgenommen worden ist, von der Vorzüge für Seelen in den Häfen und der Einrichtung prophylaktischer Stationen in den großen Städten, die der Vermittlung der Infektion dienen sollen. Er erläuterte ausführlich die Vorzüge des neuen Gesetzes, das hoffentlich unter Zustimmung aller Parteien während im Reichstag beraten wurde das erfolgreiche Zusammengehen mit den Wohlfahrtsorganisationen, Jugendverbänden, Behörden, die Propaganda unter dem Banner der Volk und Eisenbahn, der Reichsbahn sowie die Organisationsfrage hervorgehoben. Prof. Dr. O. G. O. erläuterte diese Angelegenheiten durch einen weitgespannten und inhaltreichen Ueberblick über die Leistungen des Landesverbandes in den letzten Jahren in Sachsen. Hier ist innerhalb der bestehenden Ortsgruppen durch Vorträge, besonders auch vor Lehrern und Jugendlichen, viel geleistet worden. Durch das neue sächsische Wohlfahrtsgesetz, durch den weiteren Ausbau der Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt, in denen Unentgeltlich unentgeltlich beraten werden und ärztliche Hilfe erlangen, durch die Anwesenheit von Fachabteilungen in den Krankenhäusern, durch Fortbildungskurse für Ärzte, durch den Ausbau der Gesundheitsfürsorge der Pflegeämter, durch Werbung und Belehrung in der breiteren Öffentlichkeit (s. B. durch Vorträge vor der Erwerbslosen, in Fabriken, Schulen) muß noch viel mehr erreicht werden. Die rote Ausrede, an der die Hochschule und Parteigenossen aus Chemnitz, Leipzig, Orlowa, Dresden beteiligten, galt hauptsächlich der Krankenbehandlung und Meldung der Gesundheitsfürsorge, den Pflegeämtern und Pflegeheimen um und der Verwendung des Films als Propagandamittel. — Der Landesverband, den der Schachmeister Heilmann Arnold durch Herrn Schlichter vertreten ließ, zeigte eine eifrige Tätigkeit der Finanzen. Mit Unterstützung der Karitativ und sozialen Verbände hofft der Landesverband Sachen, nachdem die Höhe der Nationalsozialisten überwunden sind, seine Tätigkeit, deren Bedeutung für das Volkswohl allgemein anerkannt wurde, in noch größerem Umfang entwickeln zu können.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Der Landesverband Sachsen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Behörden, der religiösen, sozialen und Wohlfahrtsorganisationen, der Vertreter der Ortsgruppen seine Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Amerika, von der Internationalen Liga gegen die Gefahr der Geschlechtskrankheiten in die nach langen Verhandlungen Frankreichs nach aus Deutschland aufgenommen worden ist, von der Vorzüge für Seelen in den Häfen und der Einrichtung prophylaktischer Stationen in den großen Städten, die der Vermittlung der Infektion dienen sollen. Er erläuterte ausführlich die Vorzüge des neuen Gesetzes, das hoffentlich unter Zustimmung aller Parteien während im Reichstag beraten wurde das erfolgreiche Zusammengehen mit den Wohlfahrtsorganisationen, Jugendverbänden, Behörden, die Propaganda unter dem Banner der Volk und Eisenbahn, der Reichsbahn sowie die Organisationsfrage hervorgehoben. Prof. Dr. O. G. O. erläuterte diese Angelegenheiten durch einen weitgespannten und inhaltreichen Ueberblick über die Leistungen des Landesverbandes in den letzten Jahren in Sachsen. Hier ist innerhalb der bestehenden Ortsgruppen durch Vorträge, besonders auch vor Lehrern und Jugendlichen, viel geleistet worden. Durch das neue sächsische Wohlfahrtsgesetz, durch den weiteren Ausbau der Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt, in denen Unentgeltlich unentgeltlich beraten werden und ärztliche Hilfe erlangen, durch die Anwesenheit von Fachabteilungen in den Krankenhäusern, durch Fortbildungskurse für Ärzte, durch den Ausbau der Gesundheitsfürsorge der Pflegeämter, durch Werbung und Belehrung in der breiteren Öffentlichkeit (s. B. durch Vorträge vor der Erwerbslosen, in Fabriken, Schulen) muß noch viel mehr erreicht werden. Die rote Ausrede, an der die Hochschule und Parteigenossen aus Chemnitz, Leipzig, Orlowa, Dresden beteiligten, galt hauptsächlich der Krankenbehandlung und Meldung der Gesundheitsfürsorge, den Pflegeämtern und Pflegeheimen um und der Verwendung des Films als Propagandamittel. — Der Landesverband, den der Schachmeister Heilmann Arnold durch Herrn Schlichter vertreten ließ, zeigte eine eifrige Tätigkeit der Finanzen. Mit Unterstützung der Karitativ und sozialen Verbände hofft der Landesverband Sachen, nachdem die Höhe der Nationalsozialisten überwunden sind, seine Tätigkeit, deren Bedeutung für das Volkswohl allgemein anerkannt wurde, in noch größerem Umfang entwickeln zu können.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich entstanden sei, sondern dessen Entwicklung sich seit Jahrhunderten vorbereitet habe. Als nach dem Kriege der neue republikanische Staat in die Verfassung getreten sei, hätten die Beamten in treuer Pflichterfüllung Dienst geleistet. Die finanzielle Verfallung und Sozialleistungen, die Deutschland im Verlebensvertrag ausüben wurden, deren Auswirkung sich auch im kleinen Dienstamt der Beamten bemerkbar machte, seien durch das Dawes-Gesetz wesentlich erleichtert worden. Trotzdem seien noch jährlich 1 1/2 Milliarden auszugeben, wodurch der Wiedererwerb Deutschlands sehr erschwert werde, zumal die Regierungen häufig wechselten, was die Revertent der Beamten hart in Anspruch genommen habe. In der Reichsverfassung seien die Rechte der Beamten geregelt worden. Neben den Berufsbeamten sollten auch besoldete Personen aus allen Berufsstellen in die Verwaltung berufen werden. Das sollte von der Beamtenchaft nicht als Benachteiligung empfunden werden. Diese Ordnung des Beamtenstandes durch Parte der Traxis werde zur Befriedigung, zur Vermittlung des bürokratischen Einflusses in unserer Staatsverwaltung beitragen. Ueber die Regelung der Beamtenverhältnisse durch Reichsgesetz seien selbst die Ansichten der Beamtenorganisationen geteilt; es sei aber zu hoffen, daß diese Regelung gelingen werde. Die neuen Verhältnisse verlangen auch von den Beamten Opfer, die von dem besten Interesse getragen werden, wenn er nicht doch an die Vergangenheit denke, sondern sich auf die neue Zeit einlasse und dem neuen Staate in treuer Pflichterfüllung diene.

— Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Ueber „Verständigung im Staate“ sprach Reichshausmann Bud am Montag abend auf Einladung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamter. Der Redner ging aus von einer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des heutigen Staates, der ja nicht 1918 plötzlich